

Bernhard Sutor

Die politische Kultur und die Christen

Der Doppelbegriff der politischen Kultur hat in den letzten Jahren eine erstaunliche Konjunktur gehabt. Die Gründe dafür lagen nicht nur in einer Reihe von politischen Ärgernissen, die man hier nicht noch einmal aufzählen muß. Das Problem sitzt tiefer und ist gerade deshalb schwer faßbar. Beiträge zu dem Thema auch in dieser Zeitschrift zeigten, daß es um Fragen geht wie die nach einem Grundkonsens in unserer Gesellschaft, nach dem Verhältnis zu unserer Vergangenheit und nach einer nationalen Identität, schließlich nach dem Verhältnis von Politik und Moral¹. Im Jahr des 40. Geburtstags der Bundesrepublik Deutschland ist es deshalb wohl angebracht, sich mit dem Thema erneut zu befassen. Dabei können gewiß nicht alle seine Aspekte hier ausgeleuchtet werden. Uns interessiert besonders das Verhältnis von Politik und Moral, und zwar unter politiktheoretischem wie unter ethischem Aspekt. Denn die Mißverständnisse und Mißverhältnisse scheinen mir in diesem Bereich besonders gravierend.

Import und Ausweitung eines Begriffs

Der Begriff der politischen Kultur war früher in unserem Sprachgebrauch nicht geläufig. Er entstammt politikwissenschaftlichen Bemühungen in den USA und wurde zunächst auch bei uns im fachwissenschaftlichen Kontext eingeführt. Politikwissenschaft versteht unter politischer Kultur die subjektive Seite des politischen Systems, das Gesamt an politischen Meinungen, Einstellungen, Wertungen der Mitglieder einer politischen Einheit. Der Begriff ist ursprünglich wertneutral gemeint. Er wurde gebildet zum Zweck der Erforschung dessen, was die Leute im Politischen denken und glauben; man könnte auch sagen: wie die politische Ordnung in den Meinungen und Überzeugungen der Bürger verankert sei. Das damit verbundene Erkenntnisinteresse enthält freilich eine normative Dimension.

Im öffentlichen politischen Gespräch, in welches der Begriff dann übernommen wurde, wird er durchweg breiter verstanden. In den Vordergrund rückt, wenn man bei uns von politischer Kultur redet, auffälligerweise in der Regel anklagend oder zumindest kritisch, der Stil der politischen Akteure und die Frage nach der darin erkennbaren politischen Moral. Schon dies scheint mir typisch für unsere Situation, aber es hat wenig Sinn, es zu beklagen. Auch der Versuch, den Begriff auf seine ursprüngliche fachliche Bedeutung zu reduzieren, wäre illusorisch.

risch. Wir verstehen ihn deshalb im folgenden durchaus in dem angedeuteten erweiterten Sinn.

In diesem Sinn ist dann politische Kultur alles, was politisch stilbildend wirkt; die Kultur, aus der heraus Politik gemacht wird. Mit Recht richtet sich damit der Blick auf die professionellen Politiker. Aber darüber dürfen wir nicht übersehen, daß diese in einem System vielfältiger Interdependenzen agieren, in welchem vor allem die Interessenverbände und ihre Führungsfunktionäre sowie die Vermittler des Politischen, die Meinungsführer in den Medien, den politischen Stil mitprägen. Schließlich bestimmen aber auch die „Normalbürger“ in ihrer Art und Weise, sich an Politik zu beteiligen und auf sie zu reagieren, das mit, was hier sehr vage politische Kultur genannt wird. Neben der Interdependenz der Akteure gibt es, diese durchdringend, die Interdependenz zwischen politischer Kultur und politischer Ordnung; zwischen dem Modus, in dem Politik gemacht wird, und den politischen Institutionen, dem Regelsystem, der Verfassung. Angesichts sowohl der Ausweitung des Begriffs als auch dieser doppelten gegenseitigen Abhängigkeit sollte es nicht überraschen, daß über politische Kultur sowohl in empirisch ansetzender Politikwissenschaft als auch in interpretierender und wertender Stellungnahme sehr Unterschiedliches gesagt wird. Insofern muß auch unser Beitrag sich zu seiner subjektiven Sicht bekennen in dem Versuch, eigene Erfahrungen und Beobachtungen sowie Erhebungen und Aussagen von Fachkollegen, die hier nicht dargestellt werden können, für unsere Frage auszuwerten.

Stabile Demokratie ohne Selbstvertrauen?

bleiben wir zunächst bei dem Zusammenhang von politischem Stil und Institutionen, von politischer Kultur und politischer Ordnung. Man kann lange darüber streiten, welche Seite in diesem Interdependenzverhältnis die stärkere sei. Es ist ein Grundzug konservativen Denkens, die verhaltenssteuernde Funktion der Institutionen zu betonen, während Progressive den Akzent stärker auf den moralischen Beitrag der Bürger zu legen geneigt sind. Der Streit ist nicht entscheidbar, sonst würde es sich nicht um eine echte Interdependenz handeln. Aber wenn man nicht nach Gewicht, sondern wertend nach Wichtigkeit fragt, muß man gewiß bei aller Bedeutung der Institutionen an die von diesen geforderten Verhaltensweisen der Akteure erinnern. Am Sinn der Institutionen lassen sich wünschbare Verhaltensweisen der Handelnden ablesen. So gehört zum demokratischen Mehrheitsprinzip die Unterscheidung zwischen Geltungs- und Wahrheitsanspruch. Zum geregelten Widerstreit von Regierungsmehrheit und Opposition paßt nicht die Verteufelung des politischen Gegners. Die Teilung und Befristung der politischen Gewalten verträgt sich nicht mit dem Versuch des Machterhalts um jeden Preis. Anders und allgemein ausgedrückt: Die Institutionen müssen jeweils neu ange-

eignet, von den Handelnden mit dem gemeinten Sinn erfüllt werden. Man leistet deshalb, was nur nebenbei bemerkt sei, der politischen Bildung einen Bären-dienst, wenn man ständig gegen die „Institutionenkunde“ polemisiert, statt positiv die Aufgabe zu benennen, die politische Bildung hier zu leisten hat: nämlich den Sinn von Institutionen aus ihrer geschichtlichen Herkunft und an ihren aktuellen Funktionen begreifbar zu machen.

Defizite und Mißverständnisse in diesem Bereich werden auch sichtbar in Reaktionen auf Affären und Skandale. Es gab engagierte politische Pädagogen, die von der Barschel-Pfeiffer-Affäre behaupteten, damit sei unser demokratisches System aufs schwerste diskreditiert. Nun ist es zwar fraglos schlimm, wenn Politiker sich nicht nur in Stilfragen vergreifen, sondern sich moralischer Verfehlungen schuldig machen. Es ist aber ebenso schlimm, wenn dies dem politischen System zur Last gelegt wird. Die rechtsstaatlich-demokratischen Institutionen kalkulieren Fehlverhalten von Politikern geradezu ein und sind dazu da, es zu kompensieren. Der demokratische Rechtsstaat garantiert keineswegs die ideale Gesellschaft, den idealen Bürger, den idealen Politiker. Er rechnet vielmehr mit unseren Unvollkommenheiten und Schwächen, christlich gesprochen mit der Sünde, und kennt eben deshalb die Institutionen der Teilung, Kontrolle und Befristung der Gewalten, der öffentlichen Diskussion und Kritik, der freien, sich wiederholenden Wahlen, der richterlichen Unabhängigkeit usw.

Die freiheitliche Demokratie ist die anstrengendste Staatsform, weil sie am stärksten darauf angelegt ist, Unzulänglichkeiten der Menschen auszutarieren. Sie entspricht damit der zutiefst christlichen Überzeugung, daß wir allzumal Sünder sind und daß uns eine vollkommene Ordnung menschlicher Gesellschaft nicht möglich ist. Zugleich freilich baut sie auf die positive Möglichkeit menschlicher Vernunft, in Konflikten Kompromisse und Verständigung zu finden. Der deutsch-amerikanische Theologe Reinhold Niebuhr hat diesen dialektischen Sachverhalt einmal auf die klassische Formel gebracht, des Menschen Anlage zur Gerechtigkeit mache Demokratie möglich, des Menschen Neigung zur Ungerechtigkeit mache Demokratie notwendig². In unserer politischen Kultur müßte dem die Bereitschaft entsprechen, sich ständig in der öffentlichen Auseinandersetzung um die besseren Lösungen zu bemühen, aber unter Verzicht auf jeglichen Absolutheitsanspruch und auf die Pose der Unfehlbarkeit, zu der sich Politiker, aber auch viele ihrer Kritiker immer wieder verführen lassen.

Das Urteil über unsere bundesrepublikanische Demokratie hängt offenkundig mit davon ab, ob man eher auf das im ganzen funktionierende Gefüge der Institutionen schaut oder ob man sich eher von dem Eindruck leiten läßt, den die jeweilige öffentliche Diskussion über Politik, der politische Stil, Bürgerbeteiligung und Bürgermoral auf uns machen. In diesen Urteilen fällt in den letzten Jahren eine starke Diskrepanz auf zwischen dem, was ausländische Beobachter, Wissenschaftler wie auch Politiker, über uns sagen, und den bei uns vorherrschenden

Eindrücken und Meinungen. In der Perspektive vieler Beobachter von draußen ist die Bundesrepublik Deutschland eine stabile Demokratie mit einem bedenklichen Mangel an Selbstvertrauen. So hat etwa Walter Laqueur, ein gewiß kritischer Kenner unserer deutschen Geschichte und Gegenwart, schon vor Jahren geurteilt, die Bundesrepublik sei eine vergleichsweise gut funktionierende Demokratie mit vielen Selbstzweifeln, mit Unsicherheitsgefühlen und Ängsten, die manchmal zu hysterischen Reaktionen ausschlagen³. Zu ähnlichen Urteilen kam im vergangenen Jahr der langjährige italienische Botschafter in Bonn, wenn er einen Mangel an Selbstbewußtsein und Gelassenheit bei uns konstatierte, eine Neigung, von einer Hysterie in die andere zu fallen und zu meinen, die Probleme der Welt müßten von Grund auf gelöst werden, und zwar sofort⁴.

Der italienische Diplomat weist mit Recht auch darauf hin, daß diese von ihm beobachteten Eigenheiten auch mit unserer Vergangenheit zusammenhängen. Wir können den Komplex nicht loswerden, den der Nationalsozialismus in unserem seelischen Haushalt hinterlassen hat. Ihm entfliehen zu wollen, wäre sicher falsch; Komplexe müssen aufgearbeitet werden. Aber im Abstand von nunmehr fast fünfzig Jahren und angesichts einer so gründlichen wissenschaftlichen Durchdringung dieser Vergangenheit, wie dies für keine andere Epoche unserer Geschichte der Fall ist, sollten wir doch allmählich in der Lage sein, auch mit dieser schweren Hypothek unverkrampfter umzugehen. Wie wenig dies selbst Wissenschaftlern gelingt, hat der mehr berüchtigte als berühmte „Historikerstreit“ gezeigt⁵.

Ein Grundübel unserer politischen Kultur, auch in jenem Streit zu beobachten, ist die Neigung, die NS-Vergangenheit politisch zu instrumentalisieren, den Faschismusverdacht zum Knüppel in der tagespolitischen Auseinandersetzung zu machen. Selbst hochmögende Intellektuelle verfallen dem Fehler, an gegenwärtige politische Probleme mit falschen Kategorien heranzugehen. Das hat in der Bundesrepublik eine lange Geschichte. So hat Karl Jaspers seinerzeit die große Koalition und die Notstandsgesetzgebung zum Anlaß genommen, eine neue Diktatur zu prophezeien. Heinrich Böll hat in den 70er Jahren in der rechtsstaatlichen Verfolgung der Terroristen einen neuen Faschismus gewittert. Günther Grass hat am 30. Januar 1983 in einer Gedenkrede in Berlin, die Parallele zu 1933 ziehend, zum „Widerstand“ gegen Nachrüstung und Volkszählung aufgerufen. Petra Kelly hat es sogar fertiggebracht, den Widerstand der Friedensbewegung gegen die Nachrüstung als Fortsetzung des Werks der Geschwister Scholl zu feiern.

In solchen Urteilen zeigt sich immer wieder, wie wenig begriffen ist, daß die politische Seite der Aufarbeitung unserer Vergangenheit gerade darin bestand und besteht, eine rechtsstaatlich-demokratische Ordnung zu sichern, um *in ihr* dann politische Konflikte auszutragen. Wir sollten uns nicht in falschem Stolz selbst auf die Schulter klopfen, aber wir sollten auch nicht übersehen, daß aufs Ganze gesehen diese Ordnung seit ihrem Bestehen ihren Sinn relativ gut erfüllte. Wenn dies stimmt, dann können aber auch die Demokraten, die in diesem Institutionen-

und Regelsystem agierten, nicht so schlecht gewesen sein, wie es manchmal bei uns klingt. Freilich sind gerade wegen unserer verbreiteten und offenbar tief sitzenden Ängste und Unsicherheiten Fehlverhalten politischer Repräsentanten und politische Skandale doppelt schlimm.

Hypertrophie der Moral

Unsere politische Kultur krankt nicht an einem Mangel an Moral, sondern an einem Übermaß. Genauer muß man sagen: Das Moralische ist hypertroph, die politische Urteilskraft ist unterentwickelt. Eine falsche, vorschnelle Moralisierung der Politik und ein Mangel an politischer Argumentation gehen Hand in Hand. Und zwar gilt dieser Mangel für alle, von denen oben gesagt wurde, sie stünden im Interdependenzverhältnis der politischen Kultur. Weder bei den Politikern und den politischen Parteien noch bei den Verbänden und ihren Funktionsträgern, noch auch bei den Vermittlern von Politik in den Medien wird in ausreichendem Maß geleistet, was für eine den demokratischen Institutionen entsprechende Auseinandersetzung über politische Problemfragen und Konflikte geleistet werden müßte, nämlich die nüchterne Definition von Interessen und Interessengegensätzen und die rationale Auseinandersetzung im Pro und Kontra, mit den Vor- und Nachteilen bestimmter Lösungen, mit Gewinn und Kosten unter Gesichtspunkten sowohl der partikularen Interessen als auch des Gemeinwohls. Schlagworte, einfache Parolen und moralisch aufgeladene Breitbandvokabeln beherrschen die öffentliche Diskussion.

Nun gehört zwar gewiß zur politischen Auseinandersetzung in einer Demokratie unvermeidlicherweise auch ein Schuß Polemik, und nirgends wird es gelingen, die emotionale Grundierung des Politischen in die reine Rationalität aufzuheben. Politik betrifft die Menschen in ihren Interessen, Meinungen und Überzeugungen; politische Fragen sind keine Sachfragen. Aber weil dies so ist, kann die politische Auseinandersetzung nur human geführt werden, wenn die politischen Akteure bereit und in der Lage sind, Härte in der Sache zu verbinden mit Respekt vor dem politischen Gegner als Person; wenn sie darauf verzichten, den anderen zu diffamieren, ihm seinen moralisch guten Willen abzusprechen. Aber eben dies geschieht bei uns fast ständig im Brustton der Überzeugung und mit dem Unterton moralischer Empörung. Da wird die Opposition zur „Hilfstruppe Moskaus“, weil sie außenpolitisch eine von der Regierung abweichende Meinung äußert, und zu „Sympathisanten von Terroristen“, weil sie die Sicherheitsgesetze anders will als die Regierungsmehrheit. Da treibt die Regierung „Klassenkampf von oben“ und will die „Ellbogengesellschaft“, der Bundeskanzler wird als „Kanzler der Reichen“ apostrophiert, statt daß das Für und Wider einer Steuerreform wirtschafts- und finanzpolitisch erörtert würde. Eine Bundestagsabgeordnete-

te hat es im vorigen Jahr fertiggebracht, die Steuerreform ein „politisches Gangsterstück“ zu nennen. Dies sind leider keine Einzelbeispiele; wenn man sich die Mühe des Sammelns machen würde, könnte man ganze Hefte füllen.

Hinzu kommt bei unseren politischen Akteuren ein erschreckendes Maß an Rechthaberei und die Unfähigkeit, Fehler oder Irrtümer einzugestehen, obwohl es doch in dem schwierigen Geschäft der Politik in einer von vielfältigen Interessen beherrschten industriellen Massengesellschaft völlig unmöglich ist, keine politischen Fehler zu begehen. Mit manchen verbalen Attacken zwischen Politikern könnte man sich leichter abfinden, wenn wenigstens öfter einmal ein Schuß Humor dabei wäre. Humor bedeutet ja nicht Unernst, sondern ist Ausdruck von Gelassenheit, ein Zeichen, daß man sich selbst nicht zu wichtig nimmt.

Die Verbandsfunktionäre heizen das eben beschriebene Klima kräftig mit an. Man erinnere sich nur, mit welch dreisten verbalen Attacken, mit welchem Gehabe der Empörung vor einigen Jahren der Streit ausgetragen wurde um eine geringfügige Änderung des § 116 im Arbeitsförderungsgesetz; oder wie Vertreter des Bauernverbands in den letzten Jahren mit dem Landwirtschaftsminister umgesprungen sind; oder wie im vergangenen Jahr um die Gesundheitsreform gestritten wurde. Besitzstandswahrung ist in einer Weise inzwischen zum Dogma geworden, daß ein kollektiver Egoismus der Politik jeden Spielraum zu nehmen droht, und zwar mit einem Empörungsgehebe, als lebten wir nicht in einem der reichsten Länder der Welt, sondern in einem Entwicklungsland. Übrigens macht sich diesbezüglich in unserem System auch ein institutioneller Mangel bemerkbar, an den die christliche Gesellschaftslehre früher immer wieder einmal erinnert hat. Unsere Interessen- und Verbändestrukturen laden alle Verantwortung für den Ausgleich im Sinn von Solidarität und Gemeinwohl auf die Politik ab – man denke nur an das Problem Arbeitslosigkeit –, während es dringend nötig wäre, die Großgruppen selbst auch institutionell ein Stück weit in die Pflicht der Solidarität zu nehmen; das heißt, sie in der Weise an einen Tisch zu bringen, daß sie selbst gezwungen wären, in den ökonomischen und sozialen Konflikten Kompromisse für die Gesetzgebung auszuhandeln.

In den Medien und in der Vermittlung von Politik sieht es leider mit dem Stil der Auseinandersetzung nicht besser aus. Das zum Leitmedium gewordene Fernsehen führt schon ungewollt zu einer Prävalenz der Bilder und der Stimmungen; das abwägende Argumentieren kommt zu kurz. Mit Sorge muß man beobachten, wie sich auch der Hörfunk in seinen Nachrichten und seinen politischen Sendungen dem Schlagzeilen- und Schlagwortstil annähert. Hinzu kommt die wachsende Neigung vieler Journalisten, ihre Funktion parteiisch und agitatorisch zu verstehen. Die entsprechenden Mittel sind bekannt; sie heißen Personalisierung, Emotionalisierung, Dramatisierung, Moralisierung, Verdächtigung. Dieser Stil herrscht inzwischen nicht mehr nur in den politischen Magazinen, bei denen man seit langem gewohnt ist, daß der eine Moderator mit Leichenbittermiene die Ka-

tastrophe ansagt, der andere in Anwaltsmanier die andere Seite der Sache unterschlägt, ein dritter den Zyniker und ein vierter den Moralisten spielt. Auch in den Nachrichtensendungen der beiden großen Fernsehanstalten scheint die alte journalistische Regel der Trennung von Nachricht und Kommentar weithin vergessen zu sein.

Der Durchschnittsbürger fühlt sich in seiner Zuschauerrolle, die er diesem ganzen Spektakel gegenüber einnimmt, wohl, solange ihm die Medien Unterhaltung bieten, die Verbandsfunktionäre für den Besitzstand sorgen und die Politik ihn in Ruhe läßt, das heißt ihm nicht zu nahe rückt, sei es mit Tieffliegern, mit einer Umgehungsstraße, mit einer Mülldeponie oder gar mit einem Kernkraftwerk. Tritt ein solcher Fall ein, dann gibt es die bekannten Bürgerinitiativen mit dem entsprechenden Protest- und Empörungsvokabular, das häufig den Eindruck erweckt, daß es die Probleme gar nicht gäbe, wären die Politiker guten Willens, statt den Interessen irgendwelcher anonymen Mächte zu dienen.

Das hier entworfene Bild mag überzeichnet sein. Sicher gibt es die Gegenbeispiele von Gemeinsinn und Solidarität, von relativ vernünftiger Diskussion und demokratischer Streitkultur. Aber aufs Ganze gesehen scheinen mir mehr und mehr die Züge zu überwiegen, die ich hervorgehoben habe. Jedenfalls sehe ich das Hauptproblem unserer politischen Kultur nicht in den Beispielen moralischen Versagens von Politikern, nicht in den Skandalen. Diese sind freilich schlimm genug, denn sie diskreditieren das System, weil der Durchschnittsbürger mehr auf Personen schaut als an Institutionen denkt, deren Funktionieren nicht im Vordergrund seines Interesses steht. Das Hauptproblem unserer politischen Kultur sehe ich in der großen und größer werdenden Diskrepanz zwischen den sozialen und moralischen Erwartungen, Hoffnungen und Ängsten der Bürger einerseits und der unvermeidlichen täglichen Routine und dem Pragmatismus der Politiker andererseits.

Im Konfliktfall reagiert unsere Gesellschaft gerade deshalb eher emotional und moralisch, genauer gesagt moralisierend, weil die politischen Repräsentanten und die Vermittler von Politik es zu wenig verstehen, die Alltagsroutine und das pragmatische Handeln transparent zu machen; weil die politischen Konflikte zu wenig analysiert, die Probleme zu wenig erklärt, in ihrem Dilemmacharakter nicht genügend verdeutlicht werden. Weder das Für und Wider noch die moralische Begründbarkeit konkreter Entscheidungen wird hinlänglich begreifbar gemacht. Auf längere Sicht kann das für unser System gefährlich werden angesichts der in der Tat erheblichen Sorgen und schwerwiegenden Probleme, die wir mit Umwelt und Arbeit, mit Schutz des Lebens und des Friedens, mit internationalem Ausgleich noch lange haben werden. Bleibt die Frage, wie der Beitrag der Christen und kirchlicher Institutionen zu unserer politischen Kultur aussieht; ob es wenigstens ihnen gelingt, Probleme angemessen zu analysieren und ihre ethische Struktur freizulegen, beides Grundbedingungen einer Kultur des politischen Streitens.

Mitverantwortung der Christen

In den beiden großen Kirchen der Bundesrepublik Deutschland findet heute ohne Zweifel sehr viel mehr Auseinandersetzung mit politischen Fragen statt als in früheren Zeiten. Es gibt kein wichtiges Problem unserer Zeit und Gesellschaft, zu dem nicht von kirchlicher Seite grundlegende Aussagen und Stellungnahmen vorlägen, in Form von Enzykliken, Denkschriften, Erklärungen, Handreichungen. Für die katholische Seite leisten dies in der Bundesrepublik besonders die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Hinzu kommen die vielfältigen Bemühungen der kirchlichen Hilfswerke und die Fülle der Tagungen und Veröffentlichungen der kirchlichen Akademien. Konservativ orientierte Christen sind häufig sogar der Meinung, die Kirchen täten hier des Guten zuviel; sie sollten sich besser auf ihre zentrale Aufgabe konzentrieren. In einem eigenartigen, scheinbar unerklärlichen Widerspruch zu diesem Tatbestand steht bei einer politisch engagierten Minderheit von Christen, besonders aus jüngeren Jahrgängen, der Eindruck, „die Kirche“ tue zu wenig zur Bewältigung unserer gesellschaftlich-politischen Probleme. Dieser Eindruck äußert sich in teils besorgten, teils auch empörten Fragen wie denen, warum die Kirche nichts sage, warum sie hier oder da nicht einschreite; oder auch in dem Vorwurf, die Kirche mache sich, wieder einmal, schwerer Versäumnisse schuldig. In solche Kritik stimmen immer wieder auch Theologen ein, bestärken damit die weniger orientierten Kritiker in ihrem Vorurteil und liefern ihnen Stichworte, es zu untermauern. Wie ist diese sonderbare Widersprüchlichkeit zu erklären?

Es fehlt offenbar die beständige, geduldige, in die Breite und in die Tiefe zielende Vermittlung zwischen den durchweg auf der institutionellen Ebene der Kirchen erarbeiteten sozialetischen Grundlagen und den vor Ort und im Alltag der Christen und ihrer Gemeinden empfundenen Probleme. In der kirchlichen Erwachsenenbildung ist auf der unteren Ebene seit Jahren ein stetiger Rückgang des Interesses an Veranstaltungen und Themen politischer Bildung zu beobachten. Die kirchliche Presse bringt von einschlägigen Enzykliken und Erklärungen nur Schlagzeilen und kurze Notizen, leistet keine Umsetzungs- und Anwendungsarbeit. So war die Enzyklika des Papstes „*Sollicitudo rei socialis*“ im Frühjahr 1988 nach 14 Tagen schon wieder der Aufmerksamkeit entschwunden. Die Politiker und die Inhaber anderer Führungspositionen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen haben nicht die Zeit – oder nehmen sich nicht die Zeit –, sich mit Grundaussagen zu befassen und sie auf ihre Tätigkeit zu beziehen. Die Minderheit der vor Ort Engagierten will in verständlicher Ungeduld lieber das hören, was sie über die Probleme schon meint; sie sucht Bestätigung, möglichst auch kirchenamtliche, für die Zielrichtung ihrer Initiativen.

So ist in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren gerade auch im Raum der Kirchen die Versuchung zum kurzschlüssigen Moralisieren erheblich gewachsen. Im

Raum des Christlichen ist dies aber um so schlimmer, weil das Moralisieren die Form des Pharisäismus annimmt. „Pharisäer unter sich“ überschrieb Norbert Blüm seinen offenen Brief, den er unter dem Eindruck seiner Erlebnisse beim Evangelischen Kirchentag im Sommer 1987 an Bischof Martin Kruse richtete. Er protestierte dort gegen die Verteufelung politisch Andersdenkender und unliebsamer politischer Positionen, gegen die mit offenbar gutem christlichem Gewissen und mit Frömmigkeitsübungen verbundene öffentliche Diffamierung von Politikern, die man als Gäste eingeladen hatte. Man merke den neuen Propheten, so Blüm, so wenig die Qual der Suche nach ihrer Wahrheit an; ihre Wahrheit sei leichtfüßig, erschreckend aber sei der Kontrast zwischen großer Globalliebe und kleinem Nächstenhaß⁶.

Vergleichbares gibt es auch auf katholischer Seite und gibt es auch „ökumenisch“. Bei einem ökumenischen Gottesdienst in Rheinhausen gegen die Schließung des Stahlwerks, an welchem 50 Pfarrer beider Konfessionen teilnahmen, gab es Protestpfeife und Wurfgeschosse gegen anwesende Politiker, Fürbitten waren mit Anklagen durchsetzt, Gebete verwandelten sich in Parolen. Das Bad in der guten Gesinnung befriedigt offenbar bei manchen Geistlichen einen Nachholbedarf an Solidarität mit der Arbeiterschaft. Nichts gegen diese Solidarität, vielmehr alles dafür; aber beweist und bewährt sie sich wirklich in dem bloßen Einstimmen in den aus der Situation verständlichen Protest? Muß man nicht auch den Betroffenen die Einsicht zumuten, daß die künstliche Erhaltung überholter Produktionsstrukturen langfristig weder den Interessen der Arbeiter noch dem Gemeinwohl der Gesellschaft dient? Wir machen uns als Christen unglaublich, wenn wir kritiklos in den Protest vom Strukturwandel betroffener Gruppen einstimmen (seien es die Landwirte, die Textil- oder die Bergarbeiter) und zugleich den Strukturwandel im Interesse der Entwicklungsländer fordern.

Ich brauche die vielen Beispiele kurzschlüssiger Parolen in der vor einigen Jahren geführten Auseinandersetzung um die Friedenssicherung hier nicht zu wiederholen. Inzwischen stehen andere Probleme und dementsprechend andere Parolen im Vordergrund. „Frieden mit der Natur“ soll der Schlüssel sein für die Lösung der Umweltprobleme, obwohl es doch im Verhältnis Mensch – Natur immer nur um die Bestimmung vernünftiger Nutzung durch Pflege gehen kann. Die „vorrangige Option für die Armen“, ein seit dem Neuen Testament die Kirche verpflichtendes Prinzip, wird ins Feld geführt zur Begründung der Forderung nach radikalem Schuldenerlaß für die Entwicklungsländer. Als ich auf einer Informationstagung von Misereor auf unterschiedliche Gründe für Verschuldung, auf komplexe Zusammenhänge zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern, zwischen Kredit und Zins, zwischen Rückzahlung und Kreditwürdigkeit hinwies, hielt mir ein Geistlicher entgegen, ich argumentierte fatal, weil ich die „Betroffenheit“ wegnähme. Erweckungsbewegung anstelle politischer Bildung? Betroffenheit statt Information? Sachverstand als Hindernis für Engagement?

Ich verallgemeinere keineswegs ein Einzelbeispiel. Kürzlich erschien in einer diözesanen Kirchenzeitung eine Stellungnahme zu der „Stuttgarter Erklärung“ des Ökumenischen Forums der christlichen Kirchen über Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Darin wird die Beteiligung von Experten am „konziliaren Prozeß“ beklagt, weil sie die eindeutige Stellungnahme im Sinn des Evangeliums erschwerten oder gar unmöglich machten⁷. Gewiß kann das Eindringen in Sachzusammenhänge, die Einsicht in die Komplexität der Probleme ratlos machen in der Frage nach dem richtigen Handeln. Oft genug muß man sich zum Handeln durchringen, auch ohne die letzten Verästelungen einer Problematik durchschaut zu haben. Ein gehöriges Maß an Ungewißheit ist uns in unserem Dasein als Menschen in Geschichte und Gesellschaft offenkundig auferlegt. Aber das dispensiert uns keineswegs von der Pflicht, das wissen zu wollen und zu suchen, was wir wissen können. Man kann, um bei der genannten Stuttgarter Erklärung zu bleiben, an diesem an sich sehr begrüßenswerten gemeinsamen Dokument aller christlichen Kirchen unseres Landes an manchen Stellen zeigen, daß es ihm gut getan hätte, wenn man doch noch etwas mehr Zeit und Mühe aufgewandt hätte zur genaueren Analyse der Probleme, zu denen hier christliche Positionen formuliert sind. Es hat aber schon sehr viel Mühe gekostet, in der theologischen Grundlegung das Verhältnis von „evangeliumsgemäß“ und „sachgemäß“ angemessen zu formulieren. Dabei bleibt auch diese Gegenüberstellung mißverständlich; politische Fragen sind mehr als „Sach“-Fragen. Aber die Struktur politischer Ethik blieb auf dem ökumenischen Forum unerörtert⁸.

Theologen mögen ihre Aufgabe in der öffentlichen Diskussion vornehmlich als „prophetische Kritik“ auffassen. Zum leichtfertigen Umgang mit Problemen berechtigt dies nicht. Herbert Vorgrimler hielt vor einiger Zeit an der Katholisch-Theologischen Fakultät in Münster eine Rede zur Entlassung der frisch examinierten Diplomtheologen, ein eindrucksvolles Dokument dieses bekannten theologischen Lehrers. Darin findet sich dann aber ein Satz wie dieser: „Das Bedrückendste ist das Gefühl, so viele Arbeitslose zu produzieren und den unfähigen Politikern hilflos ausgeliefert zu sein.“⁹ Gerade diese beiläufig hingesagten Floskeln, die begründungslos hingesezten Be- und Verurteilungen machen Stimmung, erzeugen das Klima reflexionsloser Empörung. Man fragt sich, ob und wieviel ein Theologe vom Rang Vorgrimlers nachgedacht hat über Möglichkeiten und Grenzen der Steuerung des Arbeitsmarkts durch Politik und über die daran beteiligten anderen Kräfte und Faktoren, übrigens einschließlich der Kirchen und ihrer Ausbildungssysteme.

Das Grundmuster, das mit den genannten Beispielen kritisiert werden soll, ist immer dasselbe: Die Welt in ihrer Sachstruktur und die politischen Probleme in ihrer sozialen Komplexität werden übersprungen, als wären sie allein aus Glaube und guter Gesinnung zu bewältigen. Die Folgerung kann dann nur sein, daß die Politiker entweder unfähig sind oder eine böse Gesinnung haben – ein neues, ein

innergesellschaftliches Feindbild. Die Neigung, sich mit solchen Denkmustern und Bildern zu helfen, statt sich der Mühe der Analyse zu unterziehen, wird nach meinen Beobachtungen bei jungen Leuten zur Zeit mächtig verstärkt durch die von Johann Baptist Metz kreierte Formel von „Mystik und Politik“, die begierig aufgegriffen und zitiert wird und sich so einer erstaunlichen Karriere erfreut. Natürlich ist, was Metz damit meint, letztlich richtig und christlich gut begründbar. Die eigentliche Quelle des Engagements für Frieden und Gerechtigkeit in dieser Welt liegt für den Christen in seiner Gottverbundenheit in Glaube und Liebe. Aber in der Entfaltung und Konkretisierung dieses Engagements, in der harten Auseinandersetzung mit den schwierigen Details bewegen wir uns nicht im „Letzten“, sondern im „Vorletzten“. Politik ist nicht Heilshandeln, sondern ständiges Bemühen um ein erträgliches Miteinander der Menschen in ihren Klein- und Großgruppen angesichts ihrer Interessenunterschiede und ihrer Konflikte. Die Vermittlung von Glauben, politischer Ethik und politischem Handeln ist unter uns Christen und Katholiken nicht genügend geleistet. Darin läge aber unser entscheidender Beitrag zur politischen Kultur unserer Gesellschaft.

Zur Struktur politischer Ethik

Die zentralen ethischen Kategorien für Politik, die die sittliche Qualität des Handelnden einerseits und die sittliche Orientierung des Handelns andererseits ausdrücken, heißen Klugheit und Gemeinwohl. Politik sei „kluges Bemühen um das Gemeinwohl“, sagt Johannes Paul II. in seiner Enzyklika *Laborem Exercens* (Nr. 20). Gemeinwohl, das meint die gute Ordnung des Zusammenlebens einer Gesellschaft und der Völker nach Maßgabe von Recht und Gerechtigkeit; es impliziert auf der Seite der Handelnden den prinzipiell und beständig guten Willen, jedem das Seine zukommen zu lassen, also die Tugend der Gerechtigkeit. Klugheit, das ist die Fähigkeit, besser sagt man die Kunst, in der jeweils konkreten Situation, in den sich wandelnden Konstellationen mit ihren Widrigkeiten, in schwierigen Problemen und harten Konflikten das Gemeinwohl zu finden und durchzusetzen. Denn das Gemeinwohl ist, auch wenn man auf der prinzipiellen und der normativen Ebene einige Grundbestandteile nennen kann, nicht vorgegeben, sondern aufgegeben. Es muß durch Anstrengung von Intellekt und Willen gefunden werden.

Kluges Bemühen um das Gemeinwohl, Tugend und gute Ordnung, das sind beileibe keine Harmonieformeln. Wir brauchen Klugheit und Gerechtigkeit gerade wegen der Konflikte, in die wir im sozialen Miteinander angesichts der Konkurrenz unserer Interessen immer wieder geraten. Die Verteufelung oder negative Besetzung der Begriffe Interesse und Konflikt ist ein Stück Manichäismus, der im Moralisieren über Politik ständig durchschlägt. Interessen gehören zur Natur des

Personenseins, und ihre Konkurrenz ist in der natürlichen Pluralität der Personen und Gruppen mitgegeben. Als geschichtliches Erbe kommt freilich hinzu, was der christliche Glaube mit Sünde und Erbsünde bezeichnet: die Möglichkeit, Konflikte mit Gewalt auszutragen und Interessen einseitig durch Unterdrückung anderer durchzusetzen. Damit eben dies nicht geschieht, ist die Kunst der Politik gefordert.

In der Politik geht es deshalb immer gleichzeitig um die Verhinderung des Schlimmeren durch die Gewährleistung und Sicherung von Recht und um die Ermöglichung des Besseren nach Maßgabe von Zielen wie Friede, Freiheit und Gerechtigkeit. Man hat den Eindruck, daß manche Theologen immer nur die zweite Seite der Sache sehen, wobei sie dazu neigen, die politischen Ziele Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit mit den biblischen Heilsverheißungen zu identifizieren. Dies ist es wohl, was Wolfgang Bergsdorf in einem früheren Beitrag in dieser Zeitschrift mit der Säkularisierung des theologischen Gerechtigkeitsbegriffs und mit der „Selbstsäkularisierung der Kirchen“ gemeint hat¹⁰. In der Tat haben für den Christen die Heilsgüter des christlichen Friedens und der Gerechtigkeit Gottes mit den politischen Grundwerten zu tun, allerdings auf eine für uns Geheimnis bleibende Weise, so daß auch eine gelingende Ordnung immer nur ein Vorschein des Reiches Gottes sein kann, wie das Konzil gesagt hat¹¹. Aber wichtiger als Spekulationen über diesen Zusammenhang oder gar als Entwürfe politischer Theologie ist die Einsicht in den grundlegenden Sachverhalt, daß politische Verwirklichung der genannten Werte nie an ein endgültiges Ziel gelangt, daß sie ständige Aufgabe bleibt und immer auch heißt, das Schlimmere, nämlich Gewalt und Unterdrückung zu verhindern. Es gibt keine Politik, die nicht das Problem möglicher Gewaltsamkeit unter Menschen zu lösen hätte. Im Regelfall ist Politik eine Form rationaler Kommunikation zwischen Großgruppen, aber der Regelfall kann nur gesichert werden durch Vorkehrungen gegen Gewaltsamkeit und gegen Unrecht. Wir dürfen uns keinen zu harmlosen Politikbegriff leisten.

Politik bewegt sich strukturell, unaufhebbar in Zielkonflikten, welche unseren Interessenkonflikten letztlich zugrunde liegen. Zu ihrer Lösung im Sinn einer erträglichen Gemeinwohlordnung kann nur beitragen, wer seine Betroffenheit über die daraus resultierenden Probleme in Einsicht und Urteil über die Problemstruktur umzusetzen versucht. Wir wollen Frieden und streben deshalb nach Abbau von Waffenpotentialen, aber wir wollen zugleich unsere freiheitliche Ordnung erhalten wissen. Wir fordern Sozialleistungen für alle Gruppen, die selbst ökonomisch noch nichts oder nichts mehr leisten können, wir brauchen aber eben deshalb eine Wirtschafts- und Sozialordnung, die der freien Entfaltung derer, die etwas leisten können und wollen, genügend Raum gibt. Eine hochindustrialisierte Gesellschaft braucht gute Verkehrswege und gesicherte Energieversorgung, zugleich aber müssen wir unsere natürlichen Lebensbedingungen schützen und die Risiken technischer Großproduktion eingrenzen. Wir möchten gern rentable

landwirtschaftliche Familienbetriebe in unserem Land erhalten sehen, legen aber zugleich Wert auf niedrige Verbraucherpreise, auf Boden- und Gewässerschutz, auf offene Märkte für die Waren aus der Dritten Welt. Wir streiten um die Erhaltung von Arbeitsplätzen und müssen zugleich Wert darauf legen, daß der notwendige Strukturwandel nicht allzusehr behindert wird. Wir wollen Tarifhoheit der Arbeitsmarktparteien, fordern aber auch staatliche Mitverantwortung für die Vollbeschäftigung. Unsere akademische Jugend fordert mit Recht mehr staatliche Leistungen für die Entwicklungshilfe und verlangt zugleich den weiteren Ausbau unseres schon sehr großzügigen Bildungssystems und die Verbesserung der Ausbildungsförderung.

Man könnte die Liste solcher Interessen- und Zielkonflikte fast beliebig verlängern. Das ist hier nicht nötig. Es ist hinlänglich deutlich geworden, was Hermann Lübke meint, wenn er sagt, unser Problem liege wesentlich nicht in Defiziten an Moral, sondern an Wissen; die moderne Gesellschaft habe weniger Ziel- als Steuerungsprobleme¹². Man braucht diese These nicht unbesehen zu übernehmen. Es gibt auch Zielprobleme; denn mit so heiklen Unternehmungen wie der Forschung an Embryonen und mit der Weltraumforschung können sich ethisch sehr unterschiedlich zu qualifizierende Ziele verbinden. Eine freiheitliche Gemeinwohlordnung rechnet nicht nur mit der Konkurrenz der Interessen, sondern auch mit der Diskrepanz zwischen Interessen und Gemeinwohl und mit der Neigung von Interessenten, sich auf Kosten anderer durchzusetzen. Freiheitlich bleibt diese Ordnung jedoch nur, wenn sie die Interessen nicht gewaltsam unterdrückt oder ideologisch ihre Identität mit dem Gemeinwohl behauptet, sondern sie so zur Entfaltung kommen läßt, daß sie zugleich möglichst zum Gemeinwohl beitragen. Dazu bedarf es ständiger Auseinandersetzung und immer erneuter Vereinbarung. Die Moral des Politikers und eines jeden Bürgers, der sich an Politik beteiligt, bemißt sich daher nicht nach seiner guten oder gar „richtigen“ Gesinnung, sondern nach seiner politischen Urteils- und Tatkraft. Die gute Gesinnung, das heißt das Streben nach den gemeinsamen Grundwerten sollten sich politische Gegner bis zum wirklichen Erweis des Gegenteils gegenseitig einräumen, damit der Streit um die Wege um so besser geführt werden kann.

Was mit politischer Urteils- und Tatkraft gemeint ist, kann am alten Modell der Kardinaltugenden verdeutlicht werden. Von Klugheit und Gerechtigkeit war schon die Rede. Politische Klugheit besteht in der Fähigkeit, Sachverstand, Situationskenntnis und Geschicklichkeit im Finden und Durchsetzen des jeweils Besseren miteinander zu verbinden. „Gerechtigkeit gegen jedermann“ zu üben, ist die Pflicht, auf die der politische Amtsträger vereidigt ist. Wenn sie speziell für die Regierenden als austeilende Gerechtigkeit spezifiziert wird, dann denken wir leider heute in erster Linie an die Verteilung materieller Güter. Zweifellos müssen Regierende im Sozialstaat bei solcher Verteilung versuchen, Gerechtigkeit walten zu lassen. Gemeint ist aber mit der Tugend viel mehr, nämlich der grundlegende

Wille, eine gute Ordnung für alle Bürger zu ermöglichen und alle an ihr teilhaben zu lassen, also niemanden und keine Gruppe vom inneren und äußeren Frieden auszuschließen, der durch die gemeinsamen Institutionen gewährleistet werden soll.

Tapferkeit meint die Bereitschaft, Nachteile in Kauf zu nehmen um höherer Güter willen. Ihre politische Form ist die Fähigkeit und Bereitschaft zur streitigen Verwirklichung des Guten. Das heißt Mut zum Konflikt und Zivilcourage beim Bürger ebenso wie die Bereitschaft beim Politiker, Unpopuläres zu sagen und zu wagen, auch gegen mächtige Interessen und, was heute noch schwerer scheint, gegen mediengemachte Stimmungen. Es macht nachdenklich, wenn der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt bekennt, die Fernsehdemokratie habe den Politiker in schlimmster Weise korrumpiert¹³. Schließlich erweist sich auch die Tugend des Maßes, wie sie in der alten Lehrtradition entfaltet wurde, als ausgesprochen politisch bedeutsam. Der Affekt, die Emotion, die Leidenschaft ist im Politischen eine unentbehrliche, aber zugleich auch gefährliche Grundkraft. Sie bei sich selbst und bei den der Führung anvertrauten Bürgern in Zucht zu nehmen, unter Kontrolle zu halten, wäre ein Kriterium, das den Politiker vom Demagogen unterscheidet. Ferner ist die Mäßigung im Machtgebrauch bei den Repräsentanten von Großgruppen und Staaten eine grundlegende Bedingung der Möglichkeit von Frieden und Kompromiß.

Der Christ wird fragen, wo in dieser Form politischer Ethik die christlichen, die theologischen Tugenden bleiben. Sie können nach allem, was bisher gesagt wurde, die natürlichen Tugenden nicht ersetzen, aber sie müssen sie durchdringen. Politik kann weder die christliche „Umkehr“ der Menschen bewirken, noch darf sie sie voraussetzen. Aber der Glaube gibt dem Christen vertiefte und sicherere Auskunft über die Zielwerte Gemeinwohl und Gerechtigkeit unter den Menschen. Die Hoffnung befreit uns von unseren Allmachtsphantasien, von unserem Vollkommenheitswahn und verzweifelter Anstrengung ebenso, wie sie uns vor Resignation bewahren kann. Die Liebe schließlich bewahrt die Gerechtigkeit vor der Kälte des bloßen Gesetzes und der reinen Abgrenzung nach dessen Buchstaben. Übersetzt in die Verhältnisse zwischen den Großgruppen wird sie zur Solidarität, die die Vermittlung von Interessen und Gemeinwohl erheblich erleichtern und uns damit der Lösung heutiger Probleme in und zwischen den Staaten und Völkern näherbringen könnte.

Nicht in der eifernden Gesinnungsmoral, wie sie uns heute in der politischen Auseinandersetzung auch unter Christen oft entgegentritt, sondern in der Unterscheidung und Durchdringung zugleich von natürlichen und christlichen Tugenden läge der eigentliche Beitrag der Christen zur politischen Kultur einer demokratischen Gesellschaft. Dies würde uns am ehesten befähigen, die Bedrohungen und Belastungen, wie sie uns in den heutigen neuen Grenzsituationen der Menschheit entgegentreten, nicht im geringsten zu verharmlosen, vielmehr nüch-

tern, tapfer, gelassen und geduldig an ihrer Bewältigung zu arbeiten. Gesinnungs-moralischer Fanatismus bringt uns um den besten Beitrag des Christlichen für die Politik. Denn „die rationale Form der Reaktion auf die Einsicht in Grenzen unserer Möglichkeiten war... nie die Moral, vielmehr stets die Religion“¹⁴. Christen wissen das eigentlich seit dem Neuen Testament: „Denn wir haben hier keine Stadt, die bestehen bleibt, sondern wir suchen die künftige“ (Hebr 13,14). Auch die freieste und gerechteste Ordnung einer irdischen Polis wäre nicht das Reich Gottes.

ANMERKUNGEN

¹ Vgl. die Beiträge von Ph. Schmitz und W. Bergsdorf in dieser Zschr. 205 (1987) 316 ff., 759 ff.

² R. Niebuhr, zit. n. H. Kuhn in: Zschr. f. Politik NF 10 (1963) 35.

³ W. Laqueur, Was ist los mit den Deutschen? (London, Berlin 1985).

⁴ L. V. Graf Ferraris, Die Sehnsucht nach Hysterie. Rückblick eines Botschafters, in: FAZ, 9. 3. 1988.

⁵ Vgl. „Historikerstreit“. Dokumentation in der Serie Piper (München 1987).

⁶ Zit. n. Donau-Kurier, 18./19. 7. 1987.

⁷ Glaube und Leben (Bistum Mainz), Nr. 2/1989, 14.

⁸ Forum „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Gottes Gaben – Unsere Aufgabe. Die Erklärung von Stuttgart, hrsg. v. d. Arbeitsgemeinschaft christl. Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland (Frankfurt 1988).

⁹ Zit. n. Christ in der Gegenwart, 24. 1. 1988.

¹⁰ In dieser Zschr., a. a. O. 761, 764.

¹¹ Gaudium et spes Nr. 39.

¹² H. Lübke, Politischer Moralismus. Der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft (Berlin 1987).

¹³ Zit. n. FAZ, 28. 10. 1987.

¹⁴ H. Lübke, a. a. O. 99.